

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 9 / 2017

30. November 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung des Monats November statt.

Über die Inhalte der gestrigen Sitzung, unsere Beiträge und Positionen möchte die SPD-Fraktion mit diesem Newsletter informieren.

Ich lade Sie/ euch ein, sich ein Bild von unserer Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung zu machen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ihre/ Eure
Britta Kornmesser



Daniel Keip

Es wird Zeit für ein öffentliches Parkhaus am Hauptbahnhof



Mit gleich zwei Anträgen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept hatte sich die SVV gestern zu befassen. Ziel der Anträge war es, die Diskussion um ein Parkraumbewirtschaftungskonzept, das die SVV seit Mitte 2013 erwartet, mit einer konkreten Vorlage anzustoßen. Doch die Verwaltung machte deutlich, dass viele Fragen noch immer nicht abschließend geklärt sind. So ist etwa unklar wie sich die Bewirtschaftung der Parkflächen in der Stadt zukünftig gestalten soll. Entsprechend vielfältig waren gestern die Anregungen und Vorschläge: Von zusätzlichen Parkhäusern und Park&Ride-Stellplätzen war die Rede ebenso wie die Möglichkeit für Verwaltungsmitarbeiter, weiterhin mit dem Auto zur Arbeit zu fahren.

Für uns war in der Diskussion wichtig, noch einmal auf die unbefriedigende Situation am Brandenburger Hauptbahnhof aufmerksam zu machen. Mit unserem Ergänzungsantrag wollten wir die Verwaltung mit der Prüfung und Planung eines Parkhauses an diesem wichtigen Pendlerknoten beauftragen. Die derzeit vorhandenen wilden Parkplätze mit der unzureichenden abendlichen Beleuchtung sind für jeden ein augenfälliger Beleg, dass an dieser Stelle etwas passieren muss. Dass die

Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen jetzt am Bahnhof ein privates Parkhaus errichtet, wird die Pendler mit Recht zur Frage veranlassen, warum die Stadt so etwas nicht kann. Auch am Bahnhof Kirchmöser, der immer stärker von Pendlern aus dem Umland genutzt wird, besteht aus unserer Sicht Handlungsbedarf. Hier hat die Verwaltung zugesichert, dass nach dem Abriss des ehemaligen Hotels am Bahnhof auf diesem Grundstück Parkflächen eingerichtet werden sollen.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat unsere Anregungen zwar positiv aufgefasst, möchte die Inhalte aber im Rahmen des – wie gesagt seit Mitte 2013 überfälligen – Parkraumbewirtschaftungskonzeptes diskutiert sehen. Auch die Anregung den Bereich des Bahnbetriebswerkes Brandenburg auf der Südseite des Hauptbahnhofes am Hohen Steg in diese Überlegungen einzubeziehen, greifen wir gerne für die anstehende Diskussion auf. Wir hätten uns über einen Beschluss am gestrigen Abend gefreut, der den Pendlern das Signal gibt, dass sich an ihrer Situation etwas verbessert. Wir bleiben aber weiterhin am Ball und setzen uns für bessere Bedingungen für Pendler und ein Parkhaus am Hauptbahnhof ein.

Britta Kornmesser

Beseitigung der Industriebrache in der Neuendorfer Straße kann endlich beginnen



Seit 2009 haben sich die Fraktionen der SPD und Linken in unserer Stadt intensiv dafür eingesetzt, dass die Industriebrache der ehemaligen Stärkefabrik in der Neuendorfer Straße beseitigt wird. Gemeinsames Ziel war, dass in diesem Bereich Wohnungen, ein hochwertiger Lebensmittelmarkt, Grünflächen und ein öffentlicher Uferweg entstehen. Das Havelufer ist in diesem Stadtteil bislang für die Allgemeinheit in weiten Bereichen nicht zugänglich.

Für die Umsetzung dieses Gesamtprojektes steht seit mehreren Jahren ein Investor bereit, der auch Eigentümer der Flächen ist. Die dazu mehrheitlich positiv gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung waren jedoch durch die ehemalige Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann bei der Kommunalaufsicht mehrfach beanstandet worden, so dass das Projekt bislang nicht umgesetzt werden konnte. Die Oberbürgermeisterin hatte ihr Handeln regelmäßig damit begründet, dass durch die zusätzlichen Verkaufsflächen negative Auswirkungen auf den sonstigen Einzelhandel in der Stadt zu erwarten sei.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es sehr erfreulich, dass die Stadtspitze und die CDU-Fraktion ihre jahrelange Blockadehaltung nun aufgegeben haben und dem Gesamtprojekt nun offensichtlich ebenfalls positiv gegenüberstehen. So konnte gestern nun endlich mit großer Mehrheit der Satzungsbeschluss zum B-Plan Nr. 35 gefasst werden, mit dem Ziel in der Neuendorfer Straße eine städtebauliche Neuordnung der vorhandenen Industriebrache, die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes sowie die Schaffung von hochwertigem Einzelhandel umzusetzen, ohne mit einer erneuten Beanstandung durch den derzeit amtierenden Bürgermeister, Steffen Scheller, rechnen zu müssen. Der Investor hat nun endlich Baurecht erlangt und kann nun mit den konkreten Ausführungsplanungen und der baulichen Umsetzung beginnen.

Die SPD-Fraktion ist überzeugt davon, dass der Stadtteil mit der Umsetzung dieser komplexen Maßnahmen eine erhebliche Aufwertung erfährt und insbesondere das Havelufer dann für jedermann erlebbar sein wird.

weiterer Überlegungen sein und ggf. angepasst werden. Wir werden uns in den Prozess aktiv einbringen.

Dr. Lieselotte Martius Lokaler Teilhabeplan beschlossen



Am 29.11.17 verabschiedeten die Stadtverordneten einstimmig den längst überfälligen Lokalen Teilhabeplan.

Er wurde in den vergangenen 30 Monaten von mehr als 80 ehrenamtlich arbeitenden Bürgern und vielen Mitarbeitern der Stadtverwaltung unter der Regie von Dr. Erlebach erarbeitet.

Dafür gilt es ausdrücklich zu danken!

Zwischen 2003, dem Beschluss der SVV der Erklärung von Barcelona von 1995 beizutreten und dem gestrigen Datum, liegen 14 Jahre.

Jetzt verpflichtet sich die Stadt Brandenburg an der Havel zur Gleichstellung behinderter Menschen, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.

Der Plan umfasst 80 Seiten und zeugt von einer großen Fleißarbeit und Sachkunde. Viele Aspekte wurden besprochen und für die Bereiche Barrierefreiheit-Mobilität-Wohnen –Umfeld, Bildung und Sport, Arbeit und Beschäftigung, Soziale Sicherheit-Gesundheit und Pflege, Freizeit-Tourismus-Kultur erarbeitet. Es geht um klare Bekenntnisse und Maßnahmen, damit diese bis zum 4. Quartal 2018 im Haushalt festgeschrieben werden können, um dann auch umgesetzt zu werden. Es dauert also noch. Selbstbestimmung, Teilhabe und Gleichstellung unserer Bürger mit Behinderung sind die zu beachtenden Hauptwörter. „Nichts über uns ohne uns“ ist ein Grundsatz der Inklusion. Dafür müssen Land, Kommunen und Institutionen dringend besser und schneller zusammenarbeiten.

Ich frage mich, warum es nicht schon längst Transparenz des Wohnungsangebots für behinderte Menschen gibt, Klinikum und Gesundheitszentren sollten schnell als Vorbild wirken und Beschriftungen in Blindenschrift vorweisen. Das wären nur die kleinen ersten schnell umsetzbaren Erfolge.

Wir reden hier nicht über behinderte Minderheiten der Brandenburger Bevölkerung. Über 18,35% der Stadtbevölkerung haben eine Behinderung. Diese Zahl sollte uns zu denken geben und wir sollten nach den Ursachen forschen. Ganz wichtig scheinen mir die Verbesserung der Lebensbedingungen für behinderte Kinder und Schüler zu sein. Die Kleinen sind besonders schutzbedürftig.

An einigen Stellen des Lokalen Teilhabeplans schlägt voll das Verwaltungsdeutsch durch. Ab März soll es den Teilhabeplan in „leichte Sprache“ übersetzt geben.

Wir haben also auf vielen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens dringenden Handlungsbedarf was unsere behinderten Mitbürger angeht. Nicht nur finanzieller Art, sondern auch im Denken und Mitgefühl, in der Achtung des anderen. Früher, vor 50 oder 60 Jahren wurde dem Älteren, dem Gebrechlichen oder der Schwangeren von uns Jüngeren bereitwillig ein Sitzplatz in der Straßenbahn angeboten und freigemacht.

Und heute??? Inklusion fängt bei jedem von uns im Kopf an. Jeden Tag und kann so einfach und selbstverständlich sein.

Udo Geiseler Theaterverbund verlängert



Der Theater- und Konzertverbund des Landes Brandenburg, dem neben unserem Brandenburger Theater fünf weitere Häuser in Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder, Senftenberg und Schwedt angehören, ist gestern Abend von den Stadtverordneten einstimmig verlängert worden. Er ist die Grundlage dafür, dass das Land unser Theater weiter mit jährlich ca. 3,5 Millionen Euro unterstützt. Die gleiche Summe steuert auch die Stadt Brandenburg an der Havel bei. Bei mancher Kritik, die man an diesem Vertrag üben kann, muss aber betont werden, dass damit die Finanzierung des Theaters für die nächste Zeit gesichert ist. Da auch die eigenen Konsolidierungsbemühungen der Brandenburger Theater GmbH erfolgreich sind (u.a. durch einen maßvollen Tarifvertrag, den die Mitglieder der Brandenburger Symphoniker dankenswerterweise eingingen), gelangt das BT im 200. Jahr seines Bestehens wieder in „ruhigeres Fahrwasser“.

Interessant sind in diesem Zusammenhang allerdings die Vorstellungen, die Bürgermeister Steffen Scheller kürzlich in der MAZ zur Zukunft des Theaters äußerte – offensichtlich weder mit dem Aufsichtsrat noch mit der Geschäftsführung des Theaters abgestimmt. Dennoch unterstützt die SPD-Fraktion Schellers Vorstellungen, wieder eine Schauspielsparte am BT einführen zu wollen. Unsere Fraktion hat einen ähnlichen Vorschlag bereits vor einem Jahr in den Kulturausschuss eingebracht, damals noch lautstark abgelehnt von Vertretern von CDU und Freien Wählern. Wenn sich der Sinn jetzt wandelt, können wir das nur begrüßen. Allerdings hat Steffen Scheller noch keine Vorschläge gemacht, wie das Ganze finanziert werden kann. Ausschließlich vom Land Geld zu fordern, wird kaum reichen. Positiv zu bewerten ist die Zusage des Kämmers, dass nicht – wie früher schon geschehen – städtische Zuschüsse an das BT gekürzt werden, wenn das Land seinen Anteil möglicherweise erhöht. Wir werden ihn gegebenenfalls an diese Zusage erinnern.

Carsten Eichmüller Bettensteuer wird zurückgestellt. Der Anfang vom Ende?



Die Bettensteuer, die einige Fraktionen im März 2017 beschlossen hatten, wird vorerst nicht eingeführt. Das ist ein gutes Signal und es freut uns. Die von einigen schon als sprudelnde Einnahmequelle charakterisierte Steuer für Gäste der Stadt, hätte für die Betriebe in Brandenburg an der Havel vor allem eines bedeutet: mehr Bürokratie. Denn jeder Gast hätte erklären müssen, ob er privat oder geschäftlich reist und danach hätte sich der Steuertatbestand bestimmt. Dann hätte der Hotelier die entsprechenden Meldungen an die Verwaltung gemacht und die Steuern erhoben und abgeführt. Eine wirksame Kontrolle, so räumte es auch die Verwaltung selbst ein, hätte es aber nicht gegeben. Und auch die Frage, was Gäste der Stadt davon abhalten sollte, zur Steuervermeidung Hotels und Herbergen im Umland anzusteuern, wurde von uns immer wieder hinterfragt.

Im März hatten alle Argumente nichts genutzt und bis Oktober sollte die Stadtverwaltung eine beschlussreife Satzung vorlegen. Das konnte sie nicht, denn der Widerstand und die rechtlichen Be-

denken gegen diese Steuer wurden von vielen Seiten in den letzten Monaten erneut vorgetragen. Mit der Zurückstellung der Einführung und dem Auftrag der Verwaltung Alternativen zu prüfen, kommt vorerst das Ende der Bettensteuer. Dass man die Alternativen auch von März bis November hätte prüfen können und das sogar von Stadtverordneten im März angeregt wurde, ist nur am Rand zu bemerken. Eine Mehrheit der Stadtverordneten wollte diese Steuer unbedingt und so wurde sie beschlossen. Wir haben uns damals dagegen gestellt und sehen auch weiterhin keinen Bedarf an dieser bürokratischen Abgabe.

Nicole Näther

Der Bürgermeister will mobil durch die Ortsteile touren – erhielt jedoch keine Mehrheiten aus den eigenen Reihen!



Bürgermeister Scheller hatte sich bereit erklärt, mit einem mobilen Bürgerservice in einem Pilotprojekt ab 2018 durch die Orts- und Stadtteile zu touren. Es geht darum, Bürgerinnen und Bürgern auch zukünftig Wege zu eröffnen, Behördengänge unkompliziert erledigen zu können.

Die SPD begrüßt diesen Vorschlag und wies darauf hin, dass es sich bei der Anschaffung eines Busses einschließlich der Ausstattung um eine neue freiwillige Aufgabe handelt. Hierfür wurden Kosten i.H.v. ca. 80.000 € ohne Personalkosten ermittelt. Daher beantragte die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion der Linken im Vorfeld ein Konzept zur Umsetzung unter Einbeziehung der Ortsvorsteher sowie Stadtteilbeiräte zu erstellen und die Belange der Orts- und Stadtteile aufzunehmen und der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 vorzulegen.

Nach wie vor besteht das Personalproblem – auch zur Besetzung eines Busses - und aus unserer Sicht kann solch ein Bürgerservice nur in einem gegenseitigen Dialog mit den Ortsvorstehern entwickelt werden, ansonsten wird das Pilotprojekt zum Rohrkrepieler. Mit 20 Stimmen dafür und 20 Stimmen dagegen wurde dieser Beschluss abgelehnt.

Britta Kornmesser

Beleuchtungsanlage im Stahlstadion kommt



Die dunkle Jahreszeit ist da. Jetzt ist erkennbar, wie sehr im Stahlstadion die in diesem Sommer abgerissene Flutlichtanlage fehlt. So war der Stundenpaarlauf der Leichtathleten zuletzt von der fehlenden Beleuchtung behindert und ein Trainingsbetrieb zu den üblichen Trainingszeiten ab 16:30 Uhr ist aufgrund der früh einsetzenden Dunkelheit nicht möglich. Spiele des FC Stahl Brandenburg können auch nur noch bei ausreichendem Tageslicht stattfinden. Mit anderen Worten: Die Nutzung einer der wichtigsten Sportstätten der Stadt ist jetzt extrem eingeschränkt.

Brandenburg an der Havel ist eine Sportstadt und benötigt ein voll funktionsfähiges Stadion am Quenz. Dazu gehört auch die Möglichkeit einer Beleuchtung in der dunklen Jahreszeit. Die SPD-

Fraktion hat daher einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung am 29.11.2017 eingebracht, dass die Verwaltung zügig Planungen für die Schaffung einer neuen Beleuchtungsanlage im Stahlstadion aufnimmt und dabei die betroffenen Sportvereine aktiv mit einbezieht.

Bei einer Protestveranstaltung gegen den Abriss der Flutlichtmasten vor Ort hatte Bürgermeister Steffen Scheller im Juni diesen Jahres ausgeführt, dass er sich langfristig einen Ersatz vorstellen könne. Langfristig ist ein unverbindlicher und dehnbarer Begriff. Aus unserer Sicht ist ein zeitnahes Handeln notwendig und auch die derzeit gute Haushaltslage der Stadt (derzeit ein Plus von ca. 11 Mio € im Haushalt 2017) lässt eine kurzfristige Realisierung des Projektes zu.

Mit Stimmen der Linken, Grünen und AfD fand unser Antrag eine Mehrheit, so dass hoffentlich im Herbst 2018 unser Stahlstadion über eine neue Beleuchtungsanlage verfügt und die beiden Sportvereine wieder gute Trainings- und Spielbedingungen haben.

Carsten Eichmüller

Jedes Jahr im Herbst kommt das Laub



Seit 2008 gibt es in der Stadt Brandenburg an der Havel den Laubsack. Jenen Kunststoffbeutel, der für 2 Euro bei der Stadtverwaltung erworben werden kann und dann kostenlos entsorgt wird. Die 2 Euro decken dabei aber nicht die Kosten, die der Stadt für Bereitstellung, Abfuhr und Entsorgung tatsächlich entstehen. Auch ist es für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger, die an Alleen wohnen ein enormer Aufwand dem Laub der Bäume Herr zu werden. Ein Aufwand, der sich körperlich und auch finanziell zeigt.

Diese Probleme wurden bereits 2008 von der CDU gesehen, die mit dem Beschlussantrag 434/2008 prüfen lassen wollte, welche Alternativen es zur Sammlung in Laubsäcken gibt und wie sie kostenfrei erfolgen kann. Am Ergebnis hatte man damals offensichtlich nur wenig Interesse, denn der Beschluss ist in diesem Punkt nie umgesetzt worden. 2010 hatte ich das Thema in verschiedenen Ausschüssen immer wieder angesprochen und auch für die Sammlung in Gitterboxen, Containern oder Großsäcken geworben. Die Verwaltung signalisierte seinerzeit, dass solche Modelle geprüft wurden, aber nicht umsetzbar sind.

Die Bürgerinnen und Bürger sind gespannt was der gestern beschlossene Prüfauftrag für Folgen haben wird. Wir haben ihn gern unterstützt, auch wenn das Thema schon so oft geprüft wurde. Vielleicht schaffen wir es zusammen mit der Verwaltung bis zum Herbst 2018 eine bessere Lösung zu finden. Wir arbeiten daran weiter.

Udo Geiseler

Ein Weiterso statt eines Neuanfangs!

Die Rathausmehrheit hat den „Ausschuss für Kreisfreiheit“ nur neu angestrichen



Die SVV-Mehrheit aus CDU, Freien Wählern und AfD hat gestern einen Antrag durchgebracht, der feststellt, dass der ehemalige SVV-Ausschuss für die Erhaltung der Kreisfreiheit seine Arbeit erfüllt hat. Nach einer solchen Feststellung wäre es logisch gewesen, dass der Ausschuss seine Tätigkeit beendet. Doch nun soll das Gremium als Ausschuss für kommunale Zusammenarbeit weiterarbeiten.

Wir begrüßen und unterstützen als SPD-Fraktion wir einen solchen Ausschuss. Allerdings schlugen wir vor, das Gremium mit seiner neuen Aufgabe auch neu zu bilden. Und wir schlugen vor, den Ausschuss zu verkleinern, da jetzt nicht mehr politische Auseinandersetzungen mit dem Land, sondern die Entwicklung sachlicher Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Mittelpunkt steht. Jetzt geht es um Sacharbeit (!), wofür aus unserer Sicht ein kleineres Gremium sinnvoller wäre. Und wir forderten, dass die Verwaltung dem neuen Ausschuss berichtet, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen unserer Stadt und den Umlandgemeinden bereits bestehen und wie ältere, diesbezügliche Beschlüsse der SVV umgesetzt wurden.

Von diesen konstruktiven Ansätzen der SPD-Fraktion wollte die oben genannte Rathausmehrheit jedoch nichts wissen. Die alten Beschlüsse und Arbeitsergebnisse interessieren nicht. Ohne inhaltliche Positionierung wurde unser Ergänzungsantrag abgelehnt, offensichtlich, weil er aus der Opposition kam.

Nun haben wir einen alten Ausschuss ohne eine klare Aufgabe und ohne inhaltliche Zielstellung.

Es ist zu befürchten, dass dieser Ausschuss viel Krach, undefinierte Forderungen an das Land und Kosten für die Stadt Brandenburg an der Havel produzieren wird. Schade!

Nicole Näther

Verkaufsoffene Sonntage im nächsten Jahr am 1. und 3. Adventssonntag



Auch die SPD-Fraktion stimmte gestern für eine Veränderung der Festlegung der Ladenöffnungszeiten im nächsten Jahr am 1. und 3. Adventssonntag, statt am 2. und 4. Advent. Somit ist es auch Arbeitnehmern möglich, den Sonntag vor dem 24. 12. 2107 zur Einstimmung auf besinnliche Weihnachtsfeiertage zu nutzen und sich ihren Familien zu widmen.